

# Leipziger Lerche

Mitteilungsblatt

der DKP-Leipzig

Ausgabe 2, Jahr 2016

April / Mai / Juni

**Mitgliederversammlung**  
der DKP Leipzig:  
ab 19.00 Uhr,  
Liebknecht-Haus-Leipzig  
(LHL) (Braustraße 15),  
1. Etage.

**Nächste Treffen:**  
27. Juni 2016  
11. Juli 2016

**Bildungstage:**  
Liebknecht-Haus-Leipzig  
(LHL) (Braustraße 15),  
Dachboden, 11-16 Uhr:

17. September 2016  
19. November 2016

**Sie erreichen uns unter:**  
Mail: [dkp-leipzig@gmx.de](mailto:dkp-leipzig@gmx.de)  
Web: [die-dkp-leipzig.de](http://die-dkp-leipzig.de)  
V.i.S.d.P.: Roman Stelzig

## Verkirchenstaatlichung

Der Katholikentag 2016, der vom 25. bis zum 29. Mai in Leipzig stattfand, ist eines von unzähligen Beispielen, wie einfach große Summen öffentlicher Gelder verschleudert werden können. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) forderte von der Stadt eine Million Euro für ihr Treffen. Und obwohl sich nur vier Prozent der Einwohner zum katholischen Glauben bekennen, wurde der „Vorschlag“ im Stadtrat vom SPD-Bürgermeister Burkhard Jung eingebracht, auch die CDU hält die Million für angemessen. Insgesamt war der Katholikentag 2016 mit einem Gesamtbudget von 9,9 Millionen Euro einer der teuersten der Geschichte. Zusätzlich beantragte das ZdK drei Millionen Euro beim Freistaat und 500.000 beim Bund. Es ist ein Normalzustand, wenn ein Drittel bis die Hälfte der Kosten derartiger Veranstaltungen durch Steuergelder gedeckt werden.

Der Katholische Kirchentag 2015 in Regensburg kostete 8,6 Millionen Euro, 2011 waren es in Dresden 14 Millionen, 2013 in Hamburg sogar 18,5 Millionen. Die Giordano-Bruno-Stiftung machte am Montag auf die hohen staatlichen Fördersummen aufmerksam. Die Verwendung öffentlicher Gelder für christliche Events dieser Art sei verfassungswidrig, heißt es auf der Webseite zur Protestaktion. Auch die Piratenpartei äußerte sich kritisch: „Wer eine Party feiern will, soll die auch selbst bezahlen“, sagte Stadträtin Ute Elisabeth Gabelmann.

Auch die Grünen sind letztendlich vor der katholischen Kirche eingeknickt und boten schon im letzten Jahr einen Kompromissvorschlag. Demnach sollte der Kirchentag mit „nur“ 300.000 Euro gefördert werden. Die Organisatoren werben unterdessen ungetrübt mit finanziellen Vorteilen durch die Veranstaltung. Am Ende, so rechnete das ZdK vor, sollen rund neun Millionen Euro in der Stadt „verbleiben“: durch Mieten für städtische Gebäu-

de oder Tickets für den öffentlichen Nahverkehr. Allerdings können beispielsweise die Einnahmen von Hotels und Gastronomie nicht als Gewinn berechnet werden, weil viele Hotel- und Gastronomieketten der Stadt keine Steuern zahlen.

Leipzig hat trotz Wirtschaftswachstum an vielen Stellen Geldmangel: bei Kitas, Schulen, in der Kultur. Jeder Vierte ist laut Statistischem Bundesamt von Armut bedroht. Die Schließung von fünf Einrichtungen der Jugendhilfe, für die eine Million ein Jahresbudget ausmacht, wurde Anfang des Jahres nur durch Proteste verhindert. Und ebenso scheinheilig (wie es der Katholikentag ist) schrieb Bürgermeister Jung von „Großmut“ gegenüber der „religiösen Minderheit“ der Leipziger Katholiken. Milliardensummen, die einem religiös getarnten Großkonzern zugute kommen, sollen endlich zur Erhöhung des Lebensstandards der Werktätigen genutzt werden.

Dabei ist die katholische Kirche alles andere als bedürftig. Ihr Vermögen beträgt nach verschiedenen Schätzungen allein in Deutschland bis zu 200 Milliarden Euro, was ungefähr dem Wert der Firma Microsoft oder der jährlichen Wirtschaftskraft Portugals entspricht. Zeitgleich ist sie auch der größte private Immobilienbesitzer in Deutschland. Zustande kommt dieses Vermögen (vom bekannten jahrhundertelangen weltweiten Raub abgesehen) durch Kirchensteuer, Vermögenserträge und – natürlich – Staatsleistungen. Hinzu kommen noch Einnahmen durch soziale Hilfsorganisationen und eigene Wirtschaftszweige.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Kultur oder auch Sport sind Felder, in denen Geld knapp und daher notwendig ist. Aus diesem Grund kämpft die DKP für eine wirkliche Trennung von Staat und Kirche sowie Kirche und Schule und erklärt die Religion zu einer reinen Privatsache.

## Wir gratulieren unseren Genossen

**Oliver**  
zum 22. Geburtstag

**Midi**  
zum 28. Geburtstag

**Herbert**  
zum 64. Geburtstag

**Peter**  
zum 56. Geburtstag

## Wie wollen wir wohnen?

Unter kapitalistischen Verhältnissen können die Vermietungsbedingungen nicht grundlegend verändert werden. Soll man sie deshalb hinnehmen? Keinesfalls, wie viele Initiativen auch in der Mieterstadt Leipzig beweisen, um sich gegen Mietwucher und Zerfall von Wohnhäusern zu wehren.

Die DKP-Leipzig zählt dazu. Deshalb, um in die Diskussion zu kommen, um gemeinsam zu handeln, haben wir uns entschlossen, diese **Broschüre** ohne Anspruch auf Vollständigkeit herauszugeben. Es wurde versucht, Schwerpunkte der öffentlichen Debatte herauszugreifen, die schon eine lange Geschichte haben.

[die-dkp-leipzig.de/Dokumente/Broschuere\\_2014.pdf](http://die-dkp-leipzig.de/Dokumente/Broschuere_2014.pdf)



„Um der Wohnungsnot ein Ende zu machen, gibt es nur ein Mittel: die Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klasse durch die herrschende Klasse überhaupt zu beseitigen. - Was man heute unter Wohnungsnot versteht, ist die eigentümliche Verschärfung, die die schlechten Wohnungsverhältnisse der Arbeiter durch den plötzlichen Andrang der Bevölkerung nach den großen Städten erlitten haben; eine kolossale Steigerung der Mietspreise; eine noch verstärkte Zusammendrängung der Bewohner in den einzelnen Häusern, für einige die Unmöglichkeit, überhaupt ein Unterkommen zu finden. Und diese Wohnungsnot macht nur soviel von sich reden, weil sie sich nicht auf die Arbeiterklasse beschränkt, sondern auch das Kleinbürgertum mit betroffen hat.

Die Wohnungsnot der Arbeiter und eines Teils der Kleinbürger unserer modernen großen Städte ist einer der zahllosen kleineren, sekundären Übelstände, die aus der heutigen kapitalistischen Produktionsweise hervorgehen.“

**Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage**

## Wohnungspolitische Leitlinien für Leipzig

Wo bekomme ich eine bezahlbare Wohnung her? Diese Frage beschäftigt in zunehmendem Maße auch die Bürger und Bürgerinnen in unserer Stadt. Berliner Verhältnisse werfen ihre Schatten voraus.

Den Entwurf eines „Wohnungspolitischen Konzeptes der Stadt Leipzig“, der vor einem Jahr im Rathaus der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, muss man auch unter diesem Gesichtspunkt sehen. Leipzig wächst, die Mieten steigen, der Wohnungsleerstand sinkt, die Nachfrage am Markt entwickelt sich sprunghaft. Die „Sicherung eines ausreichenden preisgünstigen Wohnungsbestandes“ wird ein immer größeres Problem. Verdrängungsprozesse (Gentrifizierung) sind unbestreitbar.

„Die Herausforderung besteht“, so der Leitlinientext des Konzeptes, „in der notwendigen Balance zwischen langfristiger Bezahlbarkeit des Wohnens einerseits und guten Rahmenbedingungen für die notwendige Erweiterung des Wohnungsbestandes andererseits“.

Also an teilweise bemerkenswerten Absichtserklärungen der Stadt zur Gestaltung einer Wohnungspolitik, die es ermöglicht, einen „Rahmen zu schaffen, damit alle Menschen, die in Leipzig leben, ihren Wünschen, Bedürfnissen sowie materiellen Möglichkeiten entsprechend adäquaten Wohnraum finden können“, mangelt es in dem Dokument nicht.

Allerdings wird ein Kernproblem – wahrscheinlich sogar das Kernproblem – konsequent ausgeblendet. In dem ganzen öffentlichen Diskus-

sionsprozess mit dem Bürger, der von der internen Debatte mit den „Investoren“ sicherlich deutlich zu unterscheiden ist, taucht nie die Forderung auf, den Wohnungsbau durch Ausschaltung der Unternehmergewinne zu verbilligen.

Diese Gewinne sind tabu. Aber ohne die Rendite als preistreibenden Faktor könnten alle Mieten auf etwa die Hälfte oder ein Drittel des heutigen Preises gesenkt werden. Schließlich geht es um einen „attraktiven und konkurrenzfähigen Wohnstandort“ – also um Geld!

Verbindliche Handlungsanweisungen enthält das Dokument schon deshalb nicht. Die Rede ist von Konflikten zwischen den Zielen des Konzeptes. Hinter ihnen stehen knallharte Interessen, die in Gegensatz geraten. Wer wird sich wohl durchsetzen?

Man darf abwarten, welche Korrekturen das Konzept demnächst erfährt und welche Rolle die Stadtverwaltung dabei spielt. Hindern muss uns das nicht, dass wir als Mieterinnen und Mieter unsere Interessen vertreten.

### Als Empfehlung zum Weiterlesen:

[www.die-dkp-leipzig.de/Dokumente/Broschuere\\_2014.pdf](http://www.die-dkp-leipzig.de/Dokumente/Broschuere_2014.pdf);

[www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/buergerbeteiligung-und-einflussnahme/leipzig-weiter-denken/beteiligen/wohnen-in-der-wachsenden-stadt/entwurf-des-wohnungspolitischen-konzeptes/](http://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/buergerbeteiligung-und-einflussnahme/leipzig-weiter-denken/beteiligen/wohnen-in-der-wachsenden-stadt/entwurf-des-wohnungspolitischen-konzeptes/)

H.M.